



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

ρ.: Berliner Briefe.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Berliner Briefe.

Berlin, d. 8. Decbr.

Das neue Abgeordnetenhaus ist gewählt; die Liste der Gewählten liegt bereits in ziemlicher Vollständigkeit vor. Wir kennen bis heute etwa 320 Mitglieder des künftigen Hauses; die 30, welche noch nicht gemeldet sind, können den allgemeinen Charakter der Volksvertretung nicht wesentlich verändern. Der erste Eindruck, den man aus einem flüchtigen Ueberblick der Liste empfängt, geht dahin, daß das officiöse Zetergeschrei, als ob bereits das rothe Gespenst wieder auftauchen wolle, völlig grundlos war. Die Majorität des neuen Hauses ist wieder in den Händen unsrer alten Freunde aus der Fraction Vincke; trotz aller Fehler, die sie grade unmittelbar vor den Wahlen begangen haben. Das gegenseitige Verhältniß der Parteien ist allerdings sehr verändert. Erheblich verstärkt erscheint nur die Fraction Behrend, welche jetzt als Fortschrittspartei einen sehr stark ins Gewicht fallenden Bestandtheil des neuen Hauses bilden wird. Unter der Benennung der altliberalen Partei dürfen wir wol die bisherigen Fractionen Vincke und Mathis zusammenfassen; diese Partei ist allerdings an Zahl etwas geschwächt; was noch schlimmer ist, sie hat ihre namhaftesten Führer verloren. Aber sie ist noch immer die zahlreichste Fraction des neuen Hauses und namentlich an Zahl bedeutend stärker als die Fortschrittspartei. Der Unterschied ist nur, daß sie nicht mehr so unbedingt über die Majorität gebietet, wie im bisherigen Hause, wo, wenn die Fractionen Vincke und Mathis einig waren, alle andern Parteien zusammengenommen dagegen nicht ins Gewicht fielen. Das hat jetzt ein Ende, und eine gute Folge davon wird wenigstens die sein, daß das Ministerium und die ministerielle Fraction jetzt mit etwas mehr Vorsicht operiren müssen. Wichtige Fragen, wie z. B. die Abstimmung über das Stadenhagensche Amendement, werden nicht mehr dadurch erledigt werden können, daß ein Minister einem einflussreichen Abgeordneten etwas ins Ohr zischelt.

Betrachten wir übersichtlich die einzelnen Gruppen, aus denen das neue Haus bestehen wird. Die schwächste von allen Fractionen wird voraussichtlich die feudale sein, schwächer noch als selbst die Polen und die Ultramontanen. Vor drei Jahren glaubte man, die Reaction habe durch die Wahlen einen sehr empfindlichen Schlag erhalten; diesmal ist er viel empfindlicher. Denn vor drei Jahren waren die Herru so eben erst aus der Macht geworfen, sie erschienen unvorbereitet und desorganisirt bei den Wahlen; das Ministerium dagegen war noch in den ersten Flitterwochen der allgemeinen Popularität; kein Wunder, daß die Junker vollständig geschlagen wurden. Ganz anders jetzt. Die Reaction hatte selbst laut verkündet, daß sie als wohlorganisirte und geschlossene Partei auf dem Kampfplatz erscheine; nach allen Seiten hin war unermüdlich agitirt, „im Namen des dreieinigen Gottes“ und im Namen des Junstzopfes. Und was ist das Resultat? Die Partei erscheint noch viel schwächer, als im letzten Abgeordnetenhause; unter den Gewählten finden wir keinen einzigen politisch bedeutenden Namen. Das Verdammungsurtheil des Landes über diese verrottete Partei ist gründlich und einstimmig. Wer allen lebendigen Interessen,

wer der ganzen Bildung der Gegenwart den Rücken kehrt, der darf sich nicht darüber wundern, wenn man ihn bei Seite liegen läßt. Wenn die Altliberalen wirklich, wie wir kürzlich gehört haben, die feudale Partei zum Dienste des freien Staates erziehen wollen, so haben sie sich eine schwere Aufgabe gesetzt; es wird noch lange Zeit währen, ehe aus den eigentlichen Junkern einigermaßen brauchbare Mitglieder der bürgerlichen Gesellschaft werden können. Jedenfalls müssen sie mit derberen Händen angefaßt werden, als es unser Ministerium bisher gethan hat. Trotz alledem scheint uns die jetzige Niederlage der Feudalen fast zu hart. Männer wie Gerlach, Wagener und Blankenburg hätten wir gerne im Abgeordnetenhause gesehen. Denn das Abgeordnetenhaus kann, schon um des Herrenhauses willen, die feudale Anschauung der politischen Fragen nicht unberücksichtigt lassen. Die Gegensätze treten aber viel einfacher hervor und die Fragen lösen sich leichter, wenn in der Debatte jede Partei durch ihre besten Köpfe vertreten wird. Die feudale Partei hätte wenigstens eine etwas bessere Taktik haben und ihre bedeutendsten Vertreter nicht an Plätzen aufstellen sollen, wo sie durchfallen konnten. Soweit wir bis jetzt sehen, kommen aus Pommern 3, aus Schlesien etwa 7 oder 8 feudale Abgeordnete, aus den übrigen Provinzen gar keine. Wenn wir hoch rechnen, können wir die Partei auf etwa 12 bis 15 Stimmen, lauter unbedeutende Leute, veranschlagen. Die Feudalen werden jetzt im Abgeordnetenhause in einer ähnlichen Lage sein, wie in den Jahren 1859 und 1860 die Liberalen im Herrenhause. Ohne Zweifel wird dies Verhältniß nun der Kreuzzeitung Veranlassung geben, verschiedene neue Variationen über das Thema von der schiefen Ebene zu liefern. Daß aber die Herren aus diesem Hergang eine ernsthafte Lehre ziehen werden, wird Jeder bezweifeln, der ihre Verstocktheit kennt.

Nur wenig stärker, als die Feudalen, werden die Polen vertreten sein. Aus der Provinz Posen fehlt uns heute noch die Nachricht über den Ausfall einiger Wahlen. Bis jetzt zählen wir aus dieser Provinz 15 polnische und 8 deutsche Abgeordnete. Unter den Polen finden wir wieder die bekannten Namen Niegolewski, Bentkowskii, Morawski, Libelt u. s. w., unter den Deutschen unseren tapferen Vorkämpfer in dieser Provinz Sänger von Grabowo. Deutsch haben namentlich gewählt die Städte Posen und Bromberg. Außerhalb der Provinz Posen sind noch in dem Theil von Westpreußen, welcher ehemals die Woivodtschaft Pommerellen bildete, zwei oder drei polnische Wahlen vorgekommen. Diese statistische Notiz kann über die Polen genügen. Ihre politische Stellung im Hause bleibt natürlich dieselbe. Sie haben sich mit allen ihren Bestrebungen außerhalb des preussischen Staates gestellt. Sie begnügen sich nicht damit, für den ihnen zugesicherten Schutz ihrer Nationalität in Sprache und Sitte die erforderlichen Garantien zu verlangen. In so fern sie sich darauf beschränkten, würden sie gewiß bei den Deutschen immer die vollste Unterstützung finden. Statt dessen beschäftigen sie sich mit Träumen von der Wiederherstellung eines polnischen Reichs, von der Losreißung Posens vom preussischen Staate; die Feinde Preußens betrachten sie als ihre Freunde, und die wichtigsten Interessen sind ihnen gleichgültig. Zu den Polen werden sich alle Parteien im Abgeordnetenhause eben so stellen müssen, wie sie sich bei den Wahlen zu ihnen gestellt haben. Die übrigen Parteien streiten sich über die Mittel, durch die man das Interesse des Staats befördert; aber sie wollen alle das Interesse des

Staats. Nur die Polen wollen es nicht. Mit ihnen ist daher, so lange sie auf diesem Standpunkt bleiben, gar keine Verständigung möglich, und sie werden, wie bisher, von allen übrigen Parteien vollkommen isolirt bleiben.

Die Ultramontanen haben ebenfalls eine beträchtliche Anzahl von Stimmen verloren, aber sie erscheinen doch noch bedeutend stärker als die Feudalen. Das Hauptcontingent für die Ultramontanen liefert Westfalen und die Rheinprovinz. Die Städte Münster, Paderborn, Aachen, Trier, Bonn haben in ultramontanem Sinne gewählt; Köln dagegen hat liberale Vertreter. Der Führer der Partei, der Obertribunalsrath Peter Reichensperger, ist in Geldern wiedergewählt. Außerdem sind in Oberschlesien noch einige Wahlen für die Ultramontanen ausgefallen. Im Ganzen mag diese Partei auf etwa 35 bis 40 Stimmen rechnen. Ihre Stellung ergibt sich sehr leicht. Die Ultramontanen entscheiden jede politische Frage nicht nach den in ihr selbst liegenden Momenten, sondern nach dem Verhältniß, welches sie zu den Interessen der katholischen Kirche und des Papstthums einnimmt. Auch sie sind daher bis zu einem gewissen Grade, wenn auch nicht so sehr wie die Polen, dem eigentlichen Interesse des preussischen Staats entfremdet. Zwischen den liberalen Fractionen und den Ultramontanen ist jedes Verständniß unmöglich. Dagegen ist es sehr indicirt, daß die Feudalen und Ultramontanen sich im nächsten Hause eng an einander schließen werden. In ihrer beiderseitigen Schwäche liegt nicht die einzige Aufforderung, ein solches Bündniß zu suchen. Die feudale Weltanschauung nähert sich ohnehin sehr dem Katholicismus. Der Gang der italienischen Ereignisse läßt in den Vertheidigern des Papstthums zugleich die Vertheidiger des politischen Conservatismus erscheinen. Das durch Piemont vertretene Princip bekämpfen die Ultramontanen, weil es ihnen antikatholisch, die Feudalen, weil es ihnen revolutionär erscheint. Es gibt außerdem noch so manche andere Anknüpfungspunkte, daß man ein Bündniß der Ultramontanen und Feudalen mit großer Sicherheit vorherzusagen kann.

Die drei bisher betrachteten Fractionen erscheinen aber nur als versprengte Gruppen ohne entscheidenden Einfluß. Das Gros des Hauses sitzt auf der liberalen Seite und theilt sich in eine mehr und eine weniger fortgeschrittene Fraction. Zwischen den früheren Fractionen Vincke und Mathis ist in der That ein innerer Unterschied kaum zu erkennen, und wir fassen sie daher zusammen unter dem Namen der altliberalen oder constitutionellen Partei. Das Verhältniß dieser zu der Fortschrittspartei schon jetzt in genauen Zahlen anzugeben, halten wir für voreilig. Denn unter den Gewählten sind sehr viele homines novi, deren politische Stellung Niemand genau angeben kann. Aber daß die constitutionelle Partei stärker vertreten ist, als die Fortschrittspartei, steht schon jetzt vollkommen fest. Daraus ergibt sich, daß die große Mehrheit des Landes der mittleren politischen Richtung, die durch die Constitutionellen bezeichnet wird, folgt. Diese constitutionelle Mehrheit im Lande muß noch sehr viel größer sein, als die in der Kammer. Denn während die übrigen Parteien eine ungemein thätige Wahlagitacion organisirt hatten, haben die Constitutionellen vor den Wahlen die Hände in den Schooß gelegt. Die Fortschrittspartei hat eine Reihe von gewandt und populär geschriebenen Flugblättern über die verschiedenen Tagesfragen massenweise unter das Volk geschleudert; die constitutionelle Partei dagegen erschien auf dem Kampfplatz mit einem sechs Bogen

starken Rechenschaftsbericht über die letzte Legislaturperiode. Derselbe enthält für einen Politiker, der sich künftig einmal über die Thätigkeit des Abgeordnetenhauses von 1859 bis 1861 unterrichten will, sehr schätzbares Material; aber für den gewöhnlichen Wähler ist der Bericht die unpassendste Lectüre, die gefunden werden kann. Wenn es eine Wahlthätigkeit der Constitutionellen gegeben hat, so ist sie höchstens local gewesen; von einer centralen Leitung war nichts zu spüren. Als ob die Bedingungen noch nicht ungünstig genug wären, ließ die Regierungspresse mehrere Wochen hindurch vor den Wahlen keinen Tag vorübergehen, ohne der öffentlichen Meinung in's Gesicht zu schlagen und sie gegen die Constitutionellen aufzuheben. Trotz alledem hat die constitutionelle Partei die Mehrheit; — für uns ist das ein unwiderleglicher Beweis, daß die weit überwiegende Mehrheit des Landes die ruhige, verfassungsmäßige Fortentwicklung der Verhältnisse will, wie sie mit dem Eintritt des Ministeriums Hohenzollern begonnen hat. Man will weder rückwärts gehen, noch sich in Sprüngen vorwärts bewegen. Das ist der Sinn der diesmaligen Wahlen. Wenn einige oppositionelle Elemente mehr als früher beigemischt sind, so soll damit nur angedeutet werden, daß man die anderthalb Schritt rückwärts, welche bisher jedesmal auf zwei Schritt vorwärts zu folgen pflegten, nicht für nöthwendig hält. Empfindlich ist für die constitutionelle Partei nur der Verlust ihrer Führer und einer Anzahl ihrer besten Köpfe. Herr von Vincke hat Vormundschaftsgeschäfte und hat deshalb keine Zeit für die Geschäfte des Staats. Herr Simson will sich nur in Königsberg wählen lassen, und seine Partei läßt sich hier von der Fortschrittspartei schlagen. Außerdem vermiffen wir die Namen Mathis, Beseler, Duncker, Weit, Gneist und andere. Bei der großen Zahl von sicheren Wahlen, über welche die Constitutionellen zu gebieten hatten, ist das nur eine Folge ihrer mangelhaften Organisation und ihrer gänzlichen Unthätigkeit. Vielleicht gelingt es jetzt noch in den Nachwahlen, einige der Genannten durchzubringen. Sicher darauf rechnen darf man nicht; denn die Nachwahlen fallen fast alle in Bezirke, in denen die Fortschrittspartei gebietet. Von bedeutenden neuen Namen, welche der constitutionellen Partei angehören werden, heben wir Sybel hervor, der, erst vor Kurzem aus Baiern nach Preußen zurückgekehrt, zweimal (in Krefeld und in Soest) gewählt ist. In Schlessen hat man den alten General von Pfuel, der sich seit 1848 vom politischen Schauplatz zurückgezogen hatte, gewählt; ohne Zweifel wird er sich der constitutionellen Partei anschließen. Wir rechnen zu dieser auch Carlowitz und Stavenhagen und ähnliche Namen, obgleich die Fortschrittspartei diese gleichfalls auf ihre Listen schreibt.

Die verantwortlichste Stellung im nächsten Abgeordnetenhaus hat die Fortschrittspartei. Bisher war sie in einer verschwindenden Minderheit und hatte dadurch bis zu einem gewissen Grade das Recht, sich bei ihren Abstimmungen nur durch ihre Principien leiten zu lassen, ohne auf die factischen Verhältnisse viel Rücksicht zu nehmen. Jetzt erscheint sie in einer solchen Stärke, daß sie in vielen Fällen den Ausschlag wird geben können. Dieser Partei also ist es in die Hand gegeben, das constitutionelle System bei uns entweder zu stärken und zu entwickeln, oder ihm einen tödtlichen Schlag zu versetzen. Wir haben unsere Ansicht über die Stellung dieser Partei zur altliberalen früher ausführlich entwickelt; von anderer Seite ist dem widersprochen. Der Streit darüber ist bis zur Ermüdung geführt; bald werden

die Thatsachen entscheiden, ob der Unterschied nur in den Mitteln liegt, wie noch der Rechenschaftsbericht der constitutionellen Partei zugab, oder auch in den Zwecken, wie seitdem manche Stimmen haben behaupten wollen. Davon wird schließlich die Verständigung der beiden liberalen Parteien abhängen müssen. Das Programm der Fortschrittspartei enthielt im Wesentlichen keine anderen Forderungen, als diejenigen, zu denen die constitutionelle Partei sich von jeher bekannt hat. Auch die Wahlreden der angesehensten Fortschrittmänner, wie Schulze-Delitzsch, Waldeck, Twesfen haben sich ganz innerhalb gemäßigter Schranken gehalten; am meisten hat sich Herr Virchow in das Gebiet der Phantasie verloren. Durch die Wahlen hat die Fortschrittspartei jetzt eine Stellung im Hause erhalten, wie sie selbst sich wünschen mußte. Eine Majorität hätte ihr selbst unbequem werden müssen; denn daß sie die Leitung übernehmen könnte, dazu sind die Dinge bei uns nicht angethan. Aber als starke und einflußreiche Minderheit kann die Partei sehr heilsam wirken. Von der Gespensterfurcht, die seit 1848 der demokratische Klang einiger Namen noch immer hervorrufft, sollten wir uns endlich frei machen können. Ein Mann, wie Schulze-Delitzsch, hat doch seitdem gezeigt, daß er Vieles gelernt hat. Wir sehen nirgends einen Grund zu der Besorgniß, daß die Fortschrittspartei der Regierung eine factiose Opposition bereiten werde. Ihre politische Befähigung wird sie dadurch zu zeigen haben, daß sie durch die Regierungspresse und durch die Geiztheit, mit der ein Theil der Constitutionellen ihr entgegentritt, sich nicht verbittern läßt, sondern die Richtschnur ihres Handelns nur aus der Natur der vorliegenden Fragen selbst entnimmt. Ihre Aufgabe wird es sein, soweit als irgend möglich Hand in Hand mit der bisherigen constitutionellen Partei zu gehen; die Ziele nicht zu weit zu stecken, aber auf die einmal gesteckten Ziele mit festem Course loszusteuern. Ihre eigentliche Aufgabe wird da beginnen, wo die Regierung, durch Schwierigkeiten von einer andern Seite gedrängt, auf Abwege zu gerathen droht. Dann wird es gelten, mit größerer Festigkeit zu warnen und abzuwehren, als bisher geschehen ist.

Das Ministerium aber wird schließlich finden, daß mit diesem Hause sich recht gut regieren läßt. Ganz so wie bisher wird es freilich nicht gehen. Wenn bisher an dem Widerspruch des Herrenhauses jede liberale Maßregel scheiterte, und der Widerspruch des Abgeordnetenhauses gegen unerfreuliche Maßregeln jedesmal dadurch beschwichtigt wurde, daß man herumflüsterete, es stehe der Bestand des Ministeriums auf dem Spiel, so müssen wir einem solchen Schaukelsystem, durch welches das constitutionelle Princip selbst in Mißcredit gebracht wird, endlich einmal entweichen. Ein entschlossenes Vorwärtsschreiten aber in der Reformpolitik, zu der das Ministerium sich doch noch immer bekennt, wird in dem neuen Abgeordnetenhaus eine eben so feste Stütze finden, wie in dem bisherigen — vielleicht eine festere, weil sie zugleich die Fähigkeit des Widerstandes hat.